

Unsere Mittel sind endlich – Europa muss Härte zeigen gegen illegale Migration

Stand: 07:23 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Von **Rainer Haubrich**
Stv. Ressortleiter Meinung



WELT-Autor Rainer Haubrich

Quelle: Claudius Pflug

Die Zahl illegaler Einreisen erreicht wieder Höchststände. In aller Welt weiß man schließlich: Jeder Flüchtling, der EU-Territorium erreicht, erhält eine Grundversorgung, und Rückführungen sind selten. Diese Praxis ist nicht mehr haltbar. Es braucht nun eine andere Botschaft.

Im Moment kommt wirklich alles zusammen. Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Corona-Herbst, und jetzt schnell wieder die Zahl der Flüchtlinge in die Höhe, die Sicherheit und ein besseres Leben in Europa suchen: die meisten mit dem Ziel Deutschland.

Es ist die Rede von einem „historischen Fluchtwinter“

(</politik/deutschland/plus241394395/Illegale-Migration-Wir-stehen-vor-einem-historischen-Fluchtwinter.html>). Die Bundespolizei registriert eine Rekordzahl illegaler Einreisen, die bayerische Grenzpolizei wird in den Grenzregionen die Schleierfahndung

[gegen Schleuser verstärken \(/politik/deutschland/article241445085/Migration-ueber-Westbalkan-Bayern-ordnet-deutlich-mehr-Schleierfahndungen-an.html\)](/politik/deutschland/article241445085/Migration-ueber-Westbalkan-Bayern-ordnet-deutlich-mehr-Schleierfahndungen-an.html).

Wenn die Zahlen steigen und Bilder von eingepferchten Migranten in klapprigen Transportern die Runde machen, ist auch die Kritik nicht weit, nach der Europa oder Deutschland in der Flüchtlingspolitik „versagen“. Die Regierungen müssten mehr tun, mehr helfen, hierzulande, in der EU und „vor Ort“, um die „Fluchtursachen“ zu bekämpfen. Aber wer sich ein wenig umschaute in der Welt, wird erkennen, dass man angesichts der Flüchtlingsströme nur scheitern kann.

Es wurde ja vieles versucht: Die EU bezahlte die Türkei dafür, dass sie syrische Flüchtlinge nicht durchlässt; die Südeuropäer machten Deals mit nordafrikanischen Staaten, damit diese Migranten zurückhalten; Politiker reisten zu Gesprächen in Subsahara-Länder, um die Abwanderung von dort nach Norden zu unterbinden.

Schon Österreichs Kanzler Sebastian Kurz wollte Asylverfahren in Albanien oder Bosnien-Herzegowina abwickeln, Großbritannien kooperiert inzwischen mit Ruanda, damit Asylbewerber dort auf den Ausgang ihres Verfahrens warten. Ähnlich will es Dänemark machen, das Ziel der dortigen Sozialdemokraten heißt „Null Asyl“
[\(/politik/ausland/article236767047/Frederiksen-bei-Scholz-Null-Asyl-Daenemarks-Politik-ist-eine-Herausforderung-fuer-den-Kanzler.html\)](/politik/ausland/article236767047/Frederiksen-bei-Scholz-Null-Asyl-Daenemarks-Politik-ist-eine-Herausforderung-fuer-den-Kanzler.html).

Und trotzdem reißt der Strom der Flüchtlinge nicht ab. Denn sie wissen, dass sie nur EU-Territorium erreichen müssen: Dann erhalten sie eine Grundversorgung, die für viele in ihrer Heimat unerreichbar wäre, und selbst wenn sie kein Bleiberecht erhalten, wird fast keiner von ihnen jemals zurückgeschickt.

Diese Praxis mag man sich als Ideal wünschen, aber sie ist unhaltbar geworden. Weil unsere Mittel endlich sind, und weil die Flüchtlingsfrage viele Gesellschaften zu zerreißen droht.

Europas Regierungen müssen mit Entschlossenheit und Härte illegale Einwanderung bekämpfen: durch Kommunikation in die Herkunftsländer, durch verstärkte Kontrollen an den Grenzen, durch Zäune, durch Rückführungen. So wie US-Vizepräsidentin Kamala Harris, die den Migranten in Mittelamerika zurief [\(/debatte/kommentare/plus235349236/Quoten-](/debatte/kommentare/plus235349236/Quoten-)

fuer-Frauen-und-Migranten-im-Bundestag-Der-grosse-Trugschluss.html): „Wir werden Sie an der Grenze zurückschicken. Do not come!“

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  2113

NEIN  100

Ein Angebot Ihrer Verlage Das Ört

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241458687>